

zu folgen, dem jedoch eigene Handlungsspielräume eingeräumt worden waren, die er situationsabhängig auch nutzte. Belege für diese Wechselbeziehung sind nicht nur die Durchsetzung des sozialistischen Realismus, sondern auch die innerverbandliche Auseinandersetzung um den 17. Juni 1953, bei der es für DDR-Verhältnisse verhältnismäßig offen und kontrovers zuing.

Auch die Tatsache, daß der Kulturbund im Juni 1992 immerhin noch 100.000 Mitglieder zählte – 1988 waren es 277.327 –, mag als Indiz dafür gelten, daß er zumindest für einen Teil seiner Mitglieder mehr war als nur ein Instrument der Partei zu ihrer Fremdbestimmung.

Dieses Fazit deckt sich in seinen Grundzügen mit der Einschätzung, zu der ich schon 1989, vor der Öffnung der Archive, gekommen war. Das lag vor allem daran, daß die gedruckten Quellen, Zeitungen und Zeitschriften aus diesen Jahren, aber auch die übrigen Überlieferungen im Vergleich zu späteren Phasen der DDR-Entwicklung relativ ergiebig sind und auch die Publikationen des Kulturbundes einen guten Einblick ermöglichten. Natürlich ist das Bild seit dem Zugang zu den Archiven sehr viel dichter und bunter geworden. Gerade deshalb erscheint es mir wünschenswert, auch in diesem Bereich weitere Forschungen zu ermöglichen.

### 3. *„Funktion und Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorgängerorganisationen“*

**Prof. Dr. Lothar Dralle:** Vor der Beschreibung der Funktionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (GDSF bzw. DSF) will ich einen kurzen Blick auf das Verhältnis der Deutschen zu den Russen werfen, wie es sich in den tausend Jahren vor ihrer Gründung entwickelt hat.

Die meisten Deutschen interessierten die Russen oder Rußland in der Regel nicht. Wurde ihre Aufmerksamkeit aber durch irgendwelche spektakulären Ereignisse geweckt, dann entwickelten sie gegenüber den Russen eine ambivalente Einstellung. Interesse wie Einstellung nahmen übrigens vom deutschen Nordosten nach Südwesten hin in ihrer Intensität ab.

Die Ambivalenz in der unterschiedlich stark präsenten Einstellung der Deutschen gegenüber den Russen wird durch zwei gegensätzliche Merkmale bewirkt. Einerseits fühlten sich die Deutschen den Russen überlegen, andererseits hatten sie Angst vor ihnen. Diese Zustandsbeschreibung gilt für 95 % der Deutschen oder mehr.

Eine weitere Vorbemerkung: In der Zeit der Weimarer Republik entstanden zwei Gesellschaften, die die Deutschen zu Freunden der Russen bzw. der Sowjets machen wollten. Hinter beiden, der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ wie dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“, stand die Kommunistische Internationale. Von beiden kennen wir Mitgliederzahlen. Da

sie von DDR-Historikern ermittelt wurden, haben wir keinerlei Anlaß zu befürchten, daß sie etwa zu niedrig angesetzt seien. Die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“, die sich an die bildungsbürgerlichen Schichten Deutschlands wandte, zählte maximal 1.500 Mitglieder, das sind 0,002 % der deutschen Bevölkerung, angesetzt mit 80 Millionen. Der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ sollte sich um Arbeiter jeder linken politischen Couleur kümmern. Diese Gruppe sah vielfach im sowjetischen System ihre Zukunft. Sie soll die Höchstzahl 50.000 Mitglieder gehabt haben. Das entspricht einem Anteil von 0,06 % der Bevölkerung. Unter zwangsfreien Bedingungen war nur eine lächerlich kleine Zahl von Deutschen so stark an der Sowjetunion und deren Menschen interessiert, daß sie einer Freundschaftsgesellschaft beitraten.

Die Grundstimmung der Masse der Deutschen gegenüber den Russen, das Überlegenheitsgefühl wie die Angst, sie wurden durch die skrupellose Propaganda der Nazis in den dreißiger und vierziger Jahren kräftig angeheizt. Die Rote Armee entsprach bei ihrem Vormarsch nach Deutschland auch durchaus diesen klischeehaften Vorstellungen. Ihr Barbarentum im ostpreußischen Nemmersdorf, ihr Verhalten, als sie dann endgültig im Reichsgebiet eindrang, das alles bestätigte, vergrößerte die Angst der Deutschen.

Trotzdem gab es Menschen unter ihnen, die dieses Gefühl entweder nie geteilt hatten oder sehr schnell überwand. Die ersten von ihnen – und das ist das früheste Datum, das sich im Zentralarchiv der DSF ausmachen ließ – fanden sich Mitte August 1945 „schon etwa sieben Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee“ in Leipzig zusammen. Die Gruppe organisierte kulturelle Vorträge und hörte russische Musik.

Der Leipziger Vereinigung folgten später andere. Sie agierten innerhalb des Kulturbundes. Es gab nicht viele von ihnen. In der DDR-Literatur wird die Zahl 14 genannt, sie weiß aber sonst kaum etwas über sie zu berichten. Die Gründe dafür sind einsichtig: Die meisten Deutschen waren damals mit dem nackten Überleben beschäftigt, und darüber hinaus wollten sie „sich keine Liebe zu Rußland oktroyieren lassen“; so deutlich formulierte das ein Kulturbundmitglied.

Neben den Kulturbundzirkeln entstanden noch Vereinigungen, die offenbar formal selbständig waren. Eine dieser Gruppen erreichte eine gewisse Bekanntheit. Es ist der „Deutsch-Russische Club“ in Weimar gewesen. Er wurde im Frühsommer 1946 gegründet.

Bei der Formierung wie bei der Arbeit hat die SMAD diesen Zirkeln Hilfe geleistet. Die Sowjets verfolgten dabei, wie bei ihrer eigenen Propagandaarbeit, im wesentlichen ein imagologisches Ziel. Wenn die Offiziere der politischen Abteilung der SMAD in Vorträgen vor deutschem Publikum in makellosem Deutsch mit ihren umfassenden Kenntnissen über Goethe, Schiller, Heine, Kant, Feuerbach oder Hegel und natürlich Marx brillierten, dann wollten

sie der Untermenschenpropaganda der Nazis entgegenarbeiten. An die Stelle des „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen“ mit asiatischer Fratze sollte in den Köpfen der Deutschen der Sowjetmensch als kultivierter Europäer treten.

Diese moderate Linie wurde fast zwei Jahre lang verfolgt. Als sich Ende 1946/Anfang 1947 aber zeigte, daß die Geduld der westlichen Alliierten mit dem Generalissimus Stalin zu Ende ging, wurde sie abrupt verändert. Im Frühsommer 1947 entstanden Hals über Kopf in allen Ländern der SBZ „Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ (GSKSU). Dabei wurde der Anschein erweckt, als handle es sich um eine Bewegung, die aus der Bevölkerung kam und der die Sowjets ihre Zustimmung und Unterstützung nicht verweigern wollten. Tatsächlich aber war es eine von ihnen inszenierte Kampagne. Es sah nur demokratisch aus, aber die SMAD hatte alles in der Hand. Das Fundament der Landesgesellschaften war noch nicht ganz fertig, da entstand bereits das Dach des neuen Gebäudes. In Berlin wurde eine zentrale Organisation gegründet.

Zu ihrer Gründungsversammlung lud Oberst Tjulpanov zum 30. Juni 1947 Vertreter der Landesgesellschaften und andere Personen seiner Wahl ein. Die Reden, die an diesem Tag gehalten worden sind, belegen, daß es den Sowjets nun nicht mehr allein um ihr Bild in den Köpfen der Deutschen ging. Jetzt wollten sie mehr.

Tjulpanov machte klar, daß die Gesellschaft eine Massenorganisation werden sollte; sie habe, so verlangte er, die „breiten Massen der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes und auch gewiß die Intelligenz“ aufzunehmen. Inhalt ihrer Arbeit sollte zwar die Kultur sein, aber in einem sehr weitherzig verstandenen Sinn. Denn, so erläuterte der Oberst, „Kultur bedeutet nicht nur Gemälde, Theater, Kino, Bücher usw., Kultur heißt auch verstehen, wie der Staat gebildet wurde, also die Lehre des Staates von Marx und Lenin.“ Er fragte: „Wo sehen wir die Richtlinien unserer Entwicklung?“ und antwortete sich selbst: „Bei den alten, schon so viele Male beerdigten Marx, Engels, Lenin und bei Stalin.“

Da nach einem russischen Sprichwort die Wiederholung die Mutter der Weisheit ist, hämmerte er den Versammelten noch einmal ein:

„Man muß und kann sich nicht nur beschränken auf die sogenannte schöne Kunst. Wer über die Sowjetunion wirklich etwas wissen will, muß auch verstehen, was heißt Kolchosen, was sind Bolschewiki, was haben sie gemacht ... In der ganzen Welt spricht man über Sozialismus, und man muß in dieser Gesellschaft klar zum Ausdruck bringen, was ist eigentlich Sozialismus.“

In seinen Sätzen kommt das typische leninsche Verständnis einer Massenorganisation zum Ausdruck. Sie hat Transmissionsriemen zu sein, mit dem die Auffassung der Partei an Bevölkerungskreise herangebracht wird, die sie selbst unmittelbar nicht erreichen kann oder nicht erreichen will.

Die zweite, längere Rede an diesem Abend hat Jürgen Kuczynski gehalten. Ihn hat Tjulpanov bereits am 14. Juni 1947 darüber informiert, daß er Präsident der erst zu gründenden Gesellschaft zu werden habe. Seine Rede war also wohlvorbereitet und gewiß mit Tjulpanov abgestimmt.

Ihr Schlüsselsatz lautet:

„Wer ... den menschlichen Fortschritt, wie er sich in der Sowjetunion manifestiert, haßt und verachtet, der ist selbst hassenswert und verächtlich, denn er stellt unter Beweis, daß er, wie Plato es nennt, barbarisch ist, daß er keinen Sinn für Kultur hat.“

Was Kuczynski dem folgen ließ, scheint dann auf einen Dissens zwischen ihm und Tjulpanov hinsichtlich der Funktionen der neuen Gesellschaft hinzuweisen. Als Aufgaben benannte er erstens die Reproduktion von Kulturwerken der Sowjetunion – Übersetzung von Romanen, Gedichten, wissenschaftlichen Werken sowie Aufführung von Theaterstücken, Filmen usw.- und zweitens die Produktion von Werken über die Sowjetkultur, ausgehend vom einfachen Vortrag bis zum wissenschaftlichen Buch.

Sein Kulturbegriff schien enger zu sein. Aber Kuczynski sprach nur nicht offen aus, was Tjulpanov unverblümt verlangt hatte. Aus seinem einleitenden Satz vom „menschlichen Fortschritt“ darf getrost geschlossen werden, daß der das Maß aller Dinge war, daß sich jedes Gesellschaftsmitglied diesen Fortschritt und seine Quellen – den Marxismus-Leninismus-Stalinismus – zu eigen zu machen habe. Kuczynski war an diesem Tag für die Taktik zuständig, Tjulpanov für die Strategie. Der Oberst gab das Fernziel vor, der Deutsche beschrieb offen nur eine Etappe auf dem Weg dahin.

Der Grund für diese Doppelstrategie ist wohl in den unterschiedlichen Schicksalen zu sehen, die beiden Reden beschieden waren. Kuczynskis harmloser Vortrag wurde in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht. Tjulpanovs Gebote blieben den Deutschen damals unbekannt. Ihr Inhalt war ihnen noch nicht zuzumuten; immerhin hatte Kuczynski in seiner Rede eingestanden, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen antisowjetisch eingestellt sei.

Zusammengefaßt: Die neue Gesellschaft sollte den Besitzstand der Sowjetunion ideologisch absichern. Durch ihre Arbeit sollte in Deutschland ein erster, einstweilen nur geistig-ideologischer „antifaschistischer Schutzwall“ errichtet werden.

Die Anweisungen Tjulpanovs für die Gesellschaft waren eines, ihre Umsetzung in die Praxis aber war etwas ganz anderes. Die Gesellschaft hatte große Schwierigkeiten, eine Massenorganisation zu werden. Dafür sind unterschiedliche Gründe verantwortlich. Vor allem hinderte der weitverbreitete Antisowjetismus der Deutschen diese daran, der neuen Gesellschaft beizutreten. Daneben war es aber wohl auch die dürftige Fähigkeit zur Organisation, die die Gesellschaft nur ganz langsam wachsen ließ. Auch dafür lassen sich

wieder mehrere Ursachen anführen, etwa die katastrophalen Kommunikationsverhältnisse der ersten Nachkriegsjahre oder die mangelhaften beruflichen Qualitäten des Personals der Gesellschaft.

Freilich, es gab auch Menschen, die hinsichtlich der Sowjets anders dachten als die große Mehrheit ihrer Mitbürger. Dazu zählten diejenigen Angehörigen des deutschen Bildungsbürgertums, die sich für die Sowjetunion bzw. die Russen seit eh und je interessierten. Hierher gehörten aber auch jene, die wegen des Verhaltens der Deutschen zwischen 1933 und 1945, insbesondere gegenüber den Völkern der Sowjetunion, Scham und Reue empfanden und sich nun wenigstens über diese Menschen informieren wollten, indem sie beispielsweise deren Sprache erlernten. Von Beginn an sind der Gesellschaft selbstverständlich auch Menschen aus opportunistischen Gründen beigetreten.

Organisatorisch sind bei der Gesellschaft zwei Ebenen zu unterscheiden: die der hauptamtlichen und die der ehrenamtlichen Funktionäre. Die letzteren waren zunächst fast durchwegs parteilos oder gehörten den bürgerlichen Parteien an, waren dafür aber in ihrer jeweiligen Umgebung prominent. Sie erfüllten also die Funktion eines Aushängeschildes. Die hauptamtlichen Mitarbeiter waren von Beginn an meist Mitglieder der SED. Angehörige von Blockparteien fanden sich selten. Die Hauptamtlichen waren, je länger die Gesellschaft existierte, um so stärker diejenigen, die Inhalt und Richtung der Arbeit bestimmten. Ihre Zahl sollte unaufhörlich wachsen. Die Gesellschaft gehörte von Beginn an auf ihren jeweiligen Ebenen zur Nomenklatura der SED. Ihre hauptamtlichen Funktionäre wurden ihr von der Partei zugewiesen – und auch wieder weggenommen. 1949 waren es vor allem Heimkehrer aus der UdSSR, die dort eine Antifa-Schule besucht hatten, die die Partei in der Gesellschaft unterbrachte.

Werfen wir einen Blick auf die Aktivitäten der Gesellschaft. Von Beginn an lassen sich zwei Bereiche in ihrer Arbeit unterscheiden.

Die Hauptamtlichen hatten vor allem Interesse an einem politisch-propagandistischen Wirken. Mit ihm begannen auch die Aktivitäten der meisten Ortsgruppen. Diese nahmen ihre Öffentlichkeitsarbeit häufig mit den Feiern zum 30. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ im Herbst 1947 auf. Diese Jubiläumsveranstaltungen waren jedoch keineswegs überall ein einziger Propagandarummel. Häufig boten sie den ehrenamtlichen Ortsgruppenvorsitzenden die Gelegenheit, mit einem interessanten Kulturprogramm an die Öffentlichkeit zu treten. Das Kulturprogramm im engeren Sinn, also russische Literatur, russisches Theater, russische Musik, war der zweite Bereich des Wirkens der Gesellschaft. Er geriet gegenüber dem ersten bald ins Hintertreffen, denn die SED war daran wenig interessiert. Da sie es aber gewesen ist, die die Gesellschaft in ihrer Arbeit anleitete, konnte sie ihre Auffassung schnell durchsetzen. Die DSF unterstand direkt dem Zentralsekretariat der SED, und zwar der Abteilung Kultur und Erziehung. Von dort bekam sie regelmäßig

vorgeschrieben, was sie zu tun hatte. Die ursprünglichen Zielvorgaben der Sowjets wurden von der SED selbstverständlich nicht verändert. Doch der Kanon der Aufgaben wurde im Gefolge der Intensivierung des Kalten Krieges vielfältiger. Da die Gesellschaft in ihren Aktivitäten getreulich den Vorgaben der SED folgte, mutierte sie schnell zu einem Allzweckwerkzeug, zu einem allgemeinen Propagandainstrument, das bei jedem der vielen Agitprop-Feldzüge der SED eingesetzt wurde:

- Sie propagierte beispielsweise den Zwei-Jahres- und dann den Fünf-Jahres-Plan sowie die Volkskongreßbewegung.
- Sie kämpfte mit der Partei um den Frieden und mit der Nationalen Front um die Gründung von Haus- und Hofgemeinschaften.
- Sie sammelte und versandte die Geschenke, die Parteien, Massenorganisationen, Betriebe und Verwaltungen der SBZ Stalin zum 70. Geburtstag zu machen hatten.
- Sie organisierte die Gründung einer gleichnamigen Gesellschaft in der Bundesrepublik. Sie leitete sie an, setzte ihr die Ziele, schulte ihre Funktionäre und erlitt mit ihr – und zwar lange vor dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht – kläglich Schiffbruch.
- Sie gewann schließlich – im Sprachgebrauch der DSF – unvergänglichen Ruhm durch ihren Kampf für die Einführung sowjetischer Neuerer-Methoden in den Betrieben und auf den Äckern der SBZ bzw. der DDR.

Sie wurde also zu einer Propagandaorganisation.

Allenfalls an solchen Aktivitäten vermochte die Bevölkerung zunächst zu erkennen, daß die Gesellschaft durch die SED gesteuert wurde. Zu Beginn des Jahres 1949 änderte sich das. Die Partei saß jetzt so fest im Sattel, daß sie auf der ersten Parteikonferenz allen Massenorganisationen einen Tätigkeitsrahmen im allgemeinen wie im besonderen vorschreiben konnte. Vom Januar 1949 an wußte jeder Zeitungsleser der SBZ, daß auch die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ ein Teil des SED-Herrschaftsapparates war. Es mag sich komisch anhören, aber das ist bei nicht wenigen Deutschen durchaus als eine Verbesserung des Status der Gesellschaft angesehen worden; die hatten sie nämlich bisher für eine direkte „Russenorganisation“ gehalten; nun hielten sie sie für eine indirekte „Russenorganisation“.

Nicht in jedem Fall war die Gesellschaft bzw. ihre Leitung jedoch bereit, beflissener Erfüllungsgehilfe der SED zu sein. Ein Beispiel dafür: Anfang 1949 wurden Überlegungen für eine Namensänderung der Gesellschaft angestellt. Das Politbüro der SED favorisierte dabei einen anderen Namen als Kuczynski. Der spielte jedoch mit der SMAD zusammen und machte das der Partei auch klar. Pikiert erklärte sich das Politbüro deshalb zunächst außerstande, vor einer Stellungnahme der SMAD seinerseits in der Namensfrage offiziell Position zu beziehen. Wenige Tage später ließ die Partei der Gesellschaft dann

aber doch, durch eine niedrigere Ebene, ihren Namenswunsch mitteilen: „Das Kleine Sekretariat schlägt vor“, so heißt es in einem Brief, „den Namen der Gesellschaft in die 'Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion' abzuwandeln.“ Kuczynski und Tjulpanov hielten dagegen, daß die aus der Zeit der Weimarer Republik übernommene Bezeichnung „Freunde“ nach dem Überfall Hitlers auf die SU nicht mehr möglich sei. Dem hatte sich die SED anzuschließen. Aus der GSKSU wurde auf ihrem zweiten Kongreß im Sommer 1949 eine bloße „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.“

Dieser Kongreß hatte jedoch nicht nur Bedeutung für den Namenswechsel. Er war auch die Veranstaltung, auf der die Gesellschaft endgültig bolschewisiert wurde. Seiner Organisationskommission lag der Antrag der obersten Leitung vor, in den Statuten der Gesellschaft die Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ festzuschreiben.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat das, das machen die Diskussionsbeiträge klar, nicht gewollt. Sie ließ sich in ihrer Ablehnung auch nicht durch linientreue Teilnehmer irritieren, die einerseits meinten, dieses Prinzip gelte eh schon, bzw. die andererseits mit der Einführung des Begriffs „geographischer Zentralismus“ alles vernebeln wollten. Freilich beschlossen die Delegierten in dieser Frage eine Formulierung, die von der Zonenleitung der Gesellschaft ohne große semantische Verrenkungen als Annahme dieses leninschen Prinzips gewertet werden konnte und gewertet wurde. In der Folge wurden die fünf Landesgesellschaften und der Berliner Landesverband, die bisher ein ziemlich unabhängiges und mitunter auch buntes Eigenleben geführt hatten, an die immer kürzer werdende Leine der Zentrale genommen.

Der Generalsekretär Hans Mark beschrieb diese Veränderung mit folgenden Sätzen in einem Bericht an den Parteimann Fred Oelssner: Wenn vorher „die Aufgaben des Zentralen Sekretariats auf Beschaffung von Material und Koordinierung der Arbeit beschränkt“ waren und „die Länder durch eine verstärkte Kontrolle durch das Zentrale Sekretariat den Verlust ihrer Selbständigkeit befürchteten“, so wurden durch den Kongreß eine Reorganisation und Verstärkung der Landessekretariate durchgeführt und damit die Voraussetzungen für eine fester gefügte, zentral gelenkte Organisation geschaffen. Die Landessekretariate, die bis dahin den Landesvorständen verantwortlich waren, wurden der Zentrale unterstellt.

Spürbar wurde diese kurze Leine zum ersten Mal bei der zonenweiten Mitgliederkampagne, die im Herbst 1949 auf Anweisung der SED gestartet wurde. Allein die Zentrale organisierte und dirigierte; die Landesorganisationen wurden zu bloßen Erfüllungsgehilfen degradiert. Die generalstabsmäßig organisierte Aktion, bei der massiver Druck ausgeübt und eine Reihe potemkinscher Dörfer errichtet wurden, ließ die Mitgliederzahlen der Gesellschaft explosionsartig anschwellen. War die Gesellschaft vor dem zweiten Kongreß auf knappe 70.000 Mitglieder stolz gewesen, so führte sie am Jahresende weit über

600.000 in ihren Karteien. Beide Zahlen sind im übrigen alles andere als vertrauenswürdig.

Durch die Mitgliederpressungskampagne war die Politik Kuczynskis in dieser Frage von der SED konterkariert worden. Der Präsident der Gesellschaft hatte offenkundig – er war ja im englischen und nicht im sowjetischen Exil gewesen – andere Größenvorstellungen von einer Massenorganisation. Er wollte allein von der Sache überzeugte Mitglieder aufnehmen, die auch bereit waren, sich aktiv an der Arbeit der Gesellschaft zu beteiligen. Ein Bündnis mit dem FDGB, um die Arbeiter massenweise in die Gesellschaft zu treiben, hatte er noch auf dem zweiten Kongreß abgelehnt.

Der Präsident hatte sich bei der Partei aber auch sonst noch unbeliebt gemacht, beispielsweise beim Namensproblem oder durch energische Proteste gegen die Zusammenstellung von DSF-Delegationen in die Sowjetunion bzw. nach Polen durch die SED ohne Beteiligung der DSF-Führung.

Dafür mußte er irgendwann die Quittung bekommen. Im Sommer 1950 war es soweit. Am 19. Juni 1950 tagte der Gesamtvorstand der Gesellschaft. Das Kommuniqué dieser Zusammenkunft erhält die folgenden Sätze:

„Auf einer Sitzung ... bat Professor Jürgen Kuczynski darum, von seiner Funktion als Präsident der Gesellschaft entbunden zu werden, um sich in Zukunft ausschließlich seinen wissenschaftlichen Arbeiten ...widmen zu können. Auf Vorschlag von Professor Kuczynski wurde an seiner Stelle der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Friedrich Ebert, einstimmig zum neuen Präsidenten der Gesellschaft gewählt.“

Mit dem Gründungspräsidenten fiel auch der Generalsekretär Hans Mark.

Warum mußte Kuczynski gehen? Ursache war nach seiner eigenen Meinung der Antisemitismus sowjetischer Funktionäre. Das kann durchaus zutreffen. Aber weder war Kuczynski der einzige Jude in oberen Rängen der DDR, noch war er nur Jude. Wir haben keinen Anlaß, an seiner kommunistischen Überzeugung und seiner Treue zur Partei zu zweifeln. Aber er war, wie er selbst formuliert hat, nicht nur Kommunist, sondern auch Wissenschaftler, Intellektueller, noch dazu einer, der aus der westlichen Emigration zurückgekehrt war. Er wurde weder von den Angstneurosen der Moskauemigranten geplagt noch war ihm deren dumpfe Apparatschikmentalität eigen. Er dachte nicht eingleisig, sondern in Alternativen. Im Ziel war er sich gewiß mit einem Ulbricht oder einem Ebert einig, ob aber auch in den Wegen zu diesem Ziel? Darüber hätte er wohl gerne immer wieder diskutiert. Ich zweifle allerdings nicht, daß er den Vorgaben der Partei schließlich Folge geleistet hätte.

Faßt man alle Überlegungen zusammen, dann mußte der jüdische, intellektuelle Westemigrant, der getrieben war von der aufklärerischen Vision, die geistige Elite des deutschen Volkes im eifrigen Streben nach Erkenntnis über die Sowjetunion in seiner Organisation vereint zu sehen, ihr zu Füßen die



„breite Masse des Volkes“, in dem Augenblick einem visions- wie kenntnisarmen Parteiwibel weichen, wo geistige Beweglichkeit unerwünscht, unkritische beflissene Weisungserfüllung aber Gebot der Stunde war.

Daß mit dem Präsidenten auch der Generalsekretär fiel, ist leichter zu erklären. Hans Mark war nach dem Urteil seines Stellvertreters Hamacher ein organisatorisches Antigenie. Seine unzureichenden organisatorischen Fähigkeiten illustriert bildhaft eine Geschichte, die die langjährige Chefin des gesellschafts-eigenen Verlags, Irene Gysi, zum besten gegeben haben soll. „Eines schönen Tages“, so erzählte sie, „erschien Hans bei mir. Mit bedrückter Miene erklärte er: 'Paß auf, Irene, du mußt jetzt ein Büchlein führen. Auf die eine Seite schreibst du das, was du einnimmst, auf die andere das, was du ausgibst.'“ „Zu diesem Zeitpunkt“, so soll Frau Gysi die Marksche Anweisung ergänzt haben, „hatte ich im Verlag bereits 20 Buchhalter.“

Das neue Gespann Ebert/Grünberg parierte die Order der Partei. Die Gesellschaft funktionierte fortan genau so, wie die Partei es verlangte. Freilich gab es zu diesem Zeitpunkt noch immer Menschen in ihr, die meinten, sie habe ganz anders zu arbeiten. Diese Reste bildungsbürgerlicher Mitgliedschaft der ersten Jahre wurden deshalb vom gehorsamen, weil parteigeschulten Funktionärs-nachwuchs hart bedrängt. Rausschmeißen müsse man solche Leute, forderte beispielsweise ein Kreissekretär auf einer Landeskonferenz in Brandenburg, oder jedenfalls mal so richtig schulen. Die Bildungs- wie Versöhnungswilligen der ersten Stunde zogen sich mit der DDR-typischen Freiwilligkeit zurück und überließen das Feld den in leerer Betriebsamkeit geübten Apparatschiks.

Die DSF wurde in schnellem Tempo nun endgültig Vielzweckwaffe im Propagandagetriebe der SED. Ihr Apparat wächst derartig, daß er sich zuletzt selbst genügt hätte und durchaus ohne Mitglieder ausgekommen wäre. Diese Erkenntnis war im Jahre 1990 im Gesamtvorstand der Gesellschaft durchaus noch präsent. Ich habe sie in Berlin mit eigenen Ohren gehört.

Wenn ich zum Schluß zusammenfasse, dann ergibt sich folgendes Bild: Die wenigen Studienzirkel der Jahre 1945 bis 1947 sind auf freiwilliger Basis entstanden. Gegen ihre Verwandlung über die Stufe einer „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ hin zur „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, zu einem jener Transmissionsriemen, mit denen die Partei ihren Willen der Bevölkerung aufzwang, haben ihre Mitglieder Einspruch erhoben. Zahlreiche Diskussionsbeiträge auf den Jahresversammlungen der frühen Jahre, bis etwa 1950/51, in den Ländern wie im „Zonenmaßstab“, legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Er wurde überhört.

Wie weit die Vorstellungen von Apparat und Mitgliedschaft über die Inhalte der Arbeit auch nach dem zweiten Kongreß und dem Sturz Kuczynskis auseinanderklafften, macht eine Umfrage deutlich, die die Gesellschaft im Herbst 1956 unter der Bevölkerung der DDR veranstaltete. Deren Ergebnisse zeigen, daß viele Mitglieder nach neun Jahren Tätigkeit der DSF nicht

einmal die primitivsten Kenntnisse über die Verhältnisse in der Sowjetunion besaßen, daß die meisten einen direkten Kontakt mit einfachen, normalen sowjetischen Menschen wünschten, daß vielen die so maßlos übertriebene Lobhudelei hinsichtlich der Errungenschaften der Sowjetunion gründlich zuwider gewesen ist. An dieser Einschätzung der Gesellschaft hat sich bis zum Ende der DDR wohl nichts Wesentliches geändert. Das zeigt ihr rapider Schrumpfungsprozeß nach dem 9. November 1989. Bis zum Februar 1991 schmolz die zweitgrößte Massenorganisation nach dem Gewerkschaftsbund von 6,3 Millionen Mitgliedern – das waren 37 % der DDR-Bevölkerung – auf 20.000 = 0,1 % zusammen. Neben dem staatlichen Zwang war am 9. November 1989 auch die „inoffizielle Rolle“ der DSF weggefallen. Sie war von den Apparatschiks als eine jener Organisationen eingeordnet worden, bei der die allein zahlende Mitgliedschaft als Nachweis gesellschaftlicher Aktivität anerkannt wurde. Eine private Nische brauchte zwischen Elbe und Oder nun niemand mehr durch solchen Nachweis abzusichern.

Wenn Russen und Rußland heute in der gesamtdeutschen Bevölkerung verbreitet große Sympathien genießen, dann ist das also kaum dem Wirken der DSF, sondern vor allem der Person und der Politik Gorbatschows zu verdanken.

**Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse:** Vielen Dank, Herr Professor Dralle. Man fragt sich unwillkürlich, was eine solch erzwungene Völkerfreundschaft diesem durch viele Ereignisse belasteten Verhältnis zwischen Deutschen und Russen angetan haben mag. Vielen Dank an die drei Vortragenden und an diejenigen, die das vorbereitet haben.

**Abg. Dehnel (CDU/CSU):** Ich habe die Frage, welche Rolle Johannes R. Becher und der gesamte Kulturbund bei der Aussonderung oppositioneller Künstler gespielt hat.

Zur DSF habe ich folgende Fragen: Wußten Sie, daß 80 % der Arbeitnehmer in der DDR die Auszeichnung „Sozialistisches Kollektiv“ trugen und daß man nur etwas erreichen konnte, wenn man Mitglied der DSF war? Wußten Sie, daß man gezwungen wurde, in die DSF einzutreten, wenn man studieren wollte? Ich frage das deshalb, weil beides in unserem Leben eine große Rolle gespielt hat.

**Abg. Hansen (F.D.P.):** Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Heider. Können Sie etwas zu den Beziehungen zwischen dem Kulturbund und dem Schriftstellerverband sagen, etwa zur Rolle Hermann Kants?

**Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.):** Zum Vortrag von Herrn Professor Dralle habe ich eine Anmerkung: Sie hatten davon gesprochen, daß die Prononcierung der sowjetischen Kunst, nämlich der Theaterwissenschaften und der Theateraufführungen, von ganz herausragender Bedeutung für das Wirken und das Erscheinungsbild der Gesellschaft gewesen ist. Sie haben etwas ganz